# LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

18. Wahlperiode

Drucksache 18/7390 zu Drucksache 18/7219

04. 09. 2023

#### Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Wefelscheid (FREIE WÄHLER) – Drucksache 18/7219 –

#mitmirnicht – mehr Sicherheit für Seniorinnen und Senioren

Die Kleine Anfrage – Drucksache 18/7219 – vom 11. August 2023 hat folgenden Wortlaut:

Mit Meldung des Polizeipräsidiums Koblenz vom 10. August 2023 wurde über die erfolgreiche Absolvierung des Lehrgangs "Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren" durch 38 Bürger aus neun verschiedenen Kommunen aus dem Norden von Rheinland-Pfalz berichtet. Insbesondere aufgrund der stetigen Zunahme von Schockanrufen und weiteren sich immer wieder verändernden Telefonbetrugsmaschen, die oft ältere Menschen als Opfer betreffen, wurden im Juli 2023 engagierte Bürgerinnen und Bürger als Sicherheitsberaterinnen und -berater für Seniorinnen und Senioren (SfS) ausgebildet. Das mehrtägige Seminar wurde von den Kommunen organisiert und inhaltlich durch die Zentrale Prävention des Polizeipräsidiums Koblenz gestaltet und beinhaltete neben dem Thema "Betrugsmaschen" auch Informationen zur Verkehrssicherheit oder dem Einbruchsschutz.

Nach eigenen Angaben des Innenministeriums (vergleiche Sprechvermerk zur Sitzung des Innenausschusses am 15. Februar 2023 – Vorlage 18/3545) "kommt der deliktsspezifischen Prävention und damit insbesondere der Aufklärung und Sensibilisierung potentieller Opfer und ihrer Angehörigen eine herausragende Bedeutung zu. Das übergeordnete Thema "Seniorensicherheit" bildet wie auch im vergangenen Jahr einen Präventionsschwerpunkt in der rheinland-pfälzischen Polizei."

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

- 1. Welche Präventionsprogramme bzw. -maßnahmen werden seitens der rheinland-pfälzischen Polizei zum Thema "Seniorensicherheit" betrieben (bitte Aufstellung der letzten fünf Jahre bis heute)?
- 2. Welche Erkenntnisse ergeben sich hierzu aus dem länderübergreifenden Austausch?
- 3. Wie viele Sicherheitsberater für Senioren wurden bisher in Rheinland-Pfalz ausgebildet (bitte tabellarische Aufstellung unter Berücksichtigung der letzten fünf Jahre und der einzelnen Kommunen)?
- 4. Welche weiteren Kurse sind für das Jahr 2023 geplant?
- 5. Wie ist die Resonanz der rheinland-pfälzischen Senioren auf die Hilfsangebote zur Seniorensicherheit, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheitsberater der Polizei und ehrenamtliche Sicherheitsberater?
- 6. Wie soll der Präventionsschwerpunkt "Seniorensicherheit" im Land Rheinland-Pfalz in den kommenden Jahren ausgebaut werden?
- 7. Haben sich durch die verstärkte Präventionsarbeit im Bereich Seniorensicherheit auch konkrete Verbesserungen in der Ermittlungsarbeit ergeben, etwa hinsichtlich Anzeigeverhalten?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 12. September 2023



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz Herrn Hendrik Hering Platz der Mainzer Republik 1 55116 Mainz

#### **DER MINISTER**

Schillerplatz 3-5 55116 Mainz Telefon 06131 16-0 Telefax 06131 16-3595 Poststelle@mdi.rlp.de www.mdi.rlp.de

4. September 2023

Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Wefelscheid (FREIE WÄHLER) betr. "#mitmirnicht –mehr Sicherheit für Seniorinnen und Senioren" - Drucksache 18/7219 -

## Vorbemerkung:

Eine moderne Polizei zeichnet sich dadurch aus, dass sie bereits frühzeitig Maßnahmen initiiert und ergreift, um potenzielle Gefahren, Straftaten und Verkehrsunfälle zu verhindern beziehungsweise zu reduzieren, deren Folgen zu mindern sowie das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Ein wesentliches Element stellt dabei die zielgerichtete, ursachenorientierte und lagebezogene polizeiliche Prävention dar. Kriminal- und Verkehrsunfallprävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Gleichwohl nimmt die Polizei im Kreis der Präventionsakteure eine wesentliche Rolle ein.

Polizeiliche Präventionsmaßnahmen basieren auf polizeilichen Erkenntnissen und hierauf aufbauenden Lagebewertungen. Ältere Menschen werden nach wie vor in hohem Maße Opfer von Betrugsdelikten, insbesondere im Bereich des Call Center Betrugs (CCB) am Telefon. Erfahrungen aus Gesprächen mit den Opfern zeigen, dass sie sich Aufklärung durch die Polizei durch verschiedene Maßnahmen wünschen.

Anfragen der Kommunen und Verbände nach Veranstaltungen, wie Vortragsabenden und die hohe Anzahl an Bestellungen von Präventionsmedien für Seniorinnen und



Senioren, verdeutlichen den Wunsch dieser Zielgruppe nach Angeboten durch die Polizei.

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

## Zu Frage 1:

Die Polizei Rheinland-Pfalz hat im angefragten Zeitraum folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Crossmediale Präventionskampagne zu den Themen "Falscher Polizeibeamter",
  "Enkeltrick" und "Schockanrufe"
- Regionale Präventionskampagnen "Liebe Oma, lieber Opa lasst Euch nicht reinlegen!" beim Polizeipräsidium Trier und #mitmirnicht des Polizeipräsidiums Koblenz
- Aus- und Weiterbildung der Sicherheitsberaterinnen und –berater für Seniorinnen und Senioren (SfS) zu Schwerpunktthemen der Prävention für Seniorinnen und Senioren durch die Polizeipräsidien
- Beratungsgespräche der Polizeipräsidien mit Seniorinnen und Senioren sowie deren Angehörigen und dem sozialen Umfeld bei Aktionstagen der Polizei, wie Tagen der Offenen Tür und Rheinland-Pfalz-Tagen
- Infostände zum Thema CCB, beispielsweise in Banken, Verbrauchermärkten sowie Fußgängerzonen unter Beteiligung von SfS
- Schulungsmaßnahmen / Sensibilisierung von Bankmitarbeitenden
- Durchführung von Webseminaren
- Verwendung der Medien des Programmes polizeiliche Prävention der Länder und des Bundes (ProPK)
- Netzwerkarbeit durch das Landeskriminalamt (LKA) und die Sachbereiche Prävention der Polizeipräsidien



Verteilen von "Infoblättern" und "Infobriefen", Klappkarten und Plakaten

Die Maßnahmen haben in der Gesellschaft die Wahrnehmung der dargestellten Betrugsdelikte geschärft und sollen weiter aufrechterhalten bleiben, um deren Wirkung vollends zu entfalten.

Besondere Bedeutung kommt dem seit 2017 stark gewordenen Netzwerk der Kooperationspartnerinnen und -partner der Polizei gegen CCB zu. Gemeinsam können im Netzwerk Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und Informationen effizient verbreitet werden. Die Motivation, Veranstaltungen der Präventionsverantwortlichen zu besuchen, wird über das Netzwerk gesteigert.

Mit dem Netzwerkpartner Landesleitstelle "Gut Leben im Alter" des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Demografie (MASTD) konnte ein Netzwerk von über 1.200 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Seniorinnen- und Seniorenarbeit für die polizeiliche Prävention gewonnen werden. Hierzu zählen u. a.:

- Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz
- Kommunale Fachkräfte der Altenhilfe sowie Seniorenbüros in den Kommunen
- Kommunale Seniorenbeiräte in Rheinland-Pfalz
- Projekt Gemeindeschwestern plus der Landesregierung
- Pflegestützpunkte in den Kommunen
- Initiative "SeniorTrainerInnen"
- Projekt "Digital-Botschafterinnen und Botschafter" in Rheinland-Pfalz
- Projekt "Landesinitiative Neue Nachbarschaften in Rheinland-Pfalz"
- Landesnetzwerk "Anlaufstellen für ältere Menschen in Rheinland-Pfalz"
- Projekt Silver-Surfer / Silver Tipps der Stiftung "Medien Kompetenz Forum Südwest"

Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz ist seit vielen Jahren Kooperationspartner in der Prävention. Gemeinsame Veranstaltungen und Presseveröffentlichungen sind das Ergebnis dieser Zusammenarbeit. Die Seniorenbeiräte in Rheinland-Pfalz wurden zum Schwerpunktthema Seniorensicherheit informiert. Zudem sind die drei regionalen Sportbünde in Rheinland-Pfalz über den Landessportbund im Netzwerk integriert und



versorgen die Sportvereine in Rheinland-Pfalz mit Präventionsmedien für Seniorinnen und Senioren.

Die Verbände der Wohnungswirtschaft in Rheinland-Pfalz sind ebenfalls im Netzwerk vertreten. Über diese erfolgt die Information an die Eigentümerinnen und Eigentümer, Mieterinnen und Mieter sowie das Personal der Hausverwaltungen über sicherheitsbewusstes Verhalten.

Über das Netzwerk der Sicherheitsbeauftragten der Banken- und Giroverbände wurden "Infoblätter" für Bankenmitarbeitende und Kunden sowie Plakate des LKA für Schließfachräume sowie ProPK Medien verteilt.

Im Netzwerk des Verbandes des Verkehrsgewerbes sind über eintausend Taxifahrende als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren informiert worden.

Der Landesverband "Friseure & Kosmetik Rheinland", mit über vierhundert Salons in Rheinland-Pfalz, wurde mit Informationsmaterialien für das Thema "Seniorensicherheit" sensibilisiert.

Auf Ebene der Polizeipräsiden sind weitere Netzwerke auf regionaler Ebene vorhanden.

Die Polizei hat im Umgang mit Opfern eine besondere Verantwortung. Häufig ist die Polizei die erste Instanz, an welche sich Opfer nach dem schädigenden Ereignis wenden. Opfer von Anrufen falscher Polizeibeamter erleiden oft eine Störung des Vertrauens in die Polizei. Inhalte der Opferberatung durch die Opferbeauftragten der Polizei sind die Aufklärung über Folgeerscheinungen, beispielsweise Traumatisierung, Information über Verfahrensabläufe und Opferrechte sowie die individuelle Unterstützung der Betroffenen.

Die Leitstelle Kriminalprävention in der Polizeiabteilung des Ministeriums des Innern und für Sport ist für die Unterstützung und Beratung der Kommunen in Fragen der Kriminalprävention zuständig. Bereits seit 1997 werden in vielen kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren (SfS) durch die Polizei ausgebildet und von den Kommunen ehrenamtlich eingesetzt. Aufgabe dieser SfS ist es, älteren Menschen Informationen zu vermitteln, wie sie in ihrem Umfeld Kriminalität und Alltagsgefahren erkennen und sich



davor schützen können. Die SfS werden in ihrer Tätigkeit von kommunalen Ansprechpersonen und den zuständigen Polizeipräsidien unterstützt. Für die Umsetzung von Projekten der SfS stellt die Leitstelle Kriminalprävention beim Ministerium des Innern und für Sport den Kommunen Fördermittel zur Verfügung.

Eine Befragung der SfS durch die Leitstelle Kriminalprävention im Ministerium des Innern und für Sport im Jahr 2018 zeigte, dass die für die Arbeit und Betreuung der SfS von der Polizei und dem Innenministerium erstellten Mindeststandards einer Aktualisierung und Konkretisierung bedurften, um die Zusammenarbeit zwischen SfS, Polizei und Kommunen weiter zu verbessern. Die Ergebnisse der Befragung wurden im Rahmen einer Veranstaltung mit polizeilichen und kommunalen Verantwortlichen am 22. November 2018 aufbereitet und diskutiert.

Gemeinsam mit dem Landeskriminalamt, den Polizeipräsidien und den kommunalen Ansprechpartnern für die SfS wurden daraufhin Maßnahmen erarbeitet, die dazu beitrugen, das Konzept SfS in den Kommunen weiterhin erfolgreich umzusetzen. Neben der Aktualisierung der Mindeststandards für die Ausbildung von SfS durch die Polizeipräsidien, wurden speziell für die SfS zur Unterstützung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zwei Arbeitshilfen entwickelt. Einen Flyer, der die Tätigkeit der SfS beschreibt und von ihnen zur Bewerbung ihres Ehrenamtes genutzt werden kann. Darüber hinaus eine Zusammenstellung nützlicher Hinweise für die Arbeit der SfS, zum Beispiel zum Thema Versicherungsschutz im Ehrenamt. Die Arbeitshilfen können in kommunalen Ansprechpersonen die Stückzahl über Polizeipräsidien angefordert werden. Sie wurden in diesem Jahr aktualisiert. Darüber hinaus wurde dem Wunsch vieler SfS entsprochen, einen einheitlichen Ausweis zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2019 wurden alle rheinland-pfälzischen Kommunen ab der Ebene der Verbandsgemeinden angeschrieben, um das Maßnahmenpaket vorzustellen und die Informationen (Mindeststandards, Flyer, Ausweisvorlage) an die zuständigen Mitarbeitenden der Verwaltung weiterzugeben. Den bereits bekannten kommunalen Ansprechpersonen wurden die Informationen ebenfalls zur Verfügung gestellt.



## Zu Frage 2:

Maßnahmen zur Prävention von Straftaten zum Nachteil von Menschen im Alter werden in allen Bundesländern getroffen. Die Bund-Länder-Zusammenarbeit in Sachen Prävention ist vielfältig. Alle Fäden laufen in der Zentralen Geschäftsstelle (ZGS) zusammen, die im Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart ansässig ist. Diese ZGS koordiniert die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes und steuert das "Programm Polizeiliche Kriminalprävention" (ProPK). Für das ProPK arbeiten Kriminal- und Schutzpolizisten, Kriminologen, Soziologen, Medienwissenschaftler, Journalisten und Informatiker zusammen. Sie stehen in ständigem Kontakt mit externen Fachleuten von Ministerien sowie wissenschaftlichen Instituten, um ihr Präventionswissen stets auf aktuellem Stand zu halten. Die Webseiten bieten neben abonnierbaren Newslettern für Bürgerinnen und Bürger sowie für Journalistinnen und Journalisten eine Vielfalt von Broschüren, Faltblättern oder Filmen an, allesamt kostenlos zum Download erhältlich oder per Post bestellbar. Sie sprechen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen an (Eltern, Schüler, Senioren usw.). Diese Medien unterstützen Polizistinnen und Polizisten und andere Zielgruppen, wie etwa Lehrkräfte, bei ihrer Präventionsarbeit.

Zu den Nachbarländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und dem Saarland besteht ein stetiger Austausch über Maßnahmen der Prävention. Grenzübergreifend werden Präventionsmaßnahmen, wie beispielsweise gemeinsame Infostände, in unregelmäßigen Abständen bedarfsorientiert durchgeführt. Auch zu den angrenzenden Benelux-Ländern kommt es zum steten Austausch im Rahmen von Präventionstreffen, wie beispielsweise dem Deutschen Präventionstag.

Das Konzept der SfS in Rheinland-Pfalz wurde zudem im Rahmen des Informationsund Erfahrungsaustausches in der Unterarbeitsgemeinschaft Kriminalprävention der Großregion (Rheinland-Pfalz, Saarland, Belgien, Frankreich und Luxemburg), die in den Jahren 2018 und 2019 unter rheinland-pfälzischem Vorsitz stand, vorgestellt und diskutiert. Das Thema "Seniorensicherheit" wird regelmäßig thematisiert und "Best Practice" Ideen ausgetauscht.



### Zu Frage 3:

Die SfS sind organisatorisch bei den Kommunen angesiedelt. Insofern sind die Kommunen auch für die Betreuung der SfS und die Organisation der Aus- und Weiterbildung der SfS, unter anderem durch die Polizei, zuständig. Neben der Erstausbildung werden die SfS bei Interesse und auf Anforderung der Kommunen regelmäßig weitergebildet.

Seit 2018 wurden insgesamt 185 SfS durch die Polizei neu ausgebildet. In den Jahren 2020, 2021 und 2022 gab es aufgrund der Corona-Beschränkungen nur wenige Ausund Fortbildungen für SfS.

Die Anzahl der neu ausgebildeten SfS wird in der nachfolgenden Tabelle nach Jahren und Gemeinden/Städten aufgeschlüsselt dargestellt:

	2018	2019	2020	2021	2022	bis August 2023	Gesamt
Kreisverwaltung (KV) Südwestpfalz						15	15
KV Kaiserslautern		- N	, II, I			6	6
KV Kusel						6	6
KV Mainz-Bingen		7					7
KV Rhein- Hunsrück		2			3	3	8
KV Rhein-Lahn	- 3-1	1	.= -1.		-1.	3	5
KV Westerwald	1 = =	4			2	4	10
Stadt Mainz	15		2 2		/		15
Stadt Pirmasens						11	( 11
Stadt Worms	. ,	4					4
Stadt Zweibrücken						6	6
Stadt Kaiserslautern						13	13
Stadt Andernach		1		3.			1.
Stadt Grünstadt		1.0			6	1	7
Stadt Koblenz		6	6	3.	4	14	30
Stadt Mayen				- 2		4	4
Stadt Neuwied		1					. 1
Verbandsgemeinde (VG) Wöllstein	1				7		1



	2018	2019	2020	2021	2022	bis August 2023	Gesamt
VG Wörrstadt	8		x 1				8
VG Altenkirchen					1	5	6
VG Asbach		1					1
VG Bad Breisig				*! · .		1	1
VG Bad Hönningen		1			2		3
VG Kaisersesch		2					2
VG Leiningerland					3	1	4
VG Mendig		2					2
VG Pellenz				£.	* ,,	1	1
VG Puderbach		*				3	3
VG Rhein-Mosel		3	-				3
VG Vallendar		1				7	. 1
Gesamt nach Jahren	24	36	6	0	22	97	185

# Zu Frage 4:

In Rheinland-Pfalz sind die einzelnen regionalen Polizeipräsidien mit der Aus-/ Weiterbildung der SfS betraut.

Das Polizeipräsidium Westpfalz hat für das Jahr 2023 zwei mehrtägige Ausbildungen für SfS geplant und bereits durchgeführt.

Das Polizeipräsidium Koblenz plant die nächste Neuausbildung für SfS im kommenden Jahr. In 2023 sind, abhängig von den Anforderungen der Kommunen, weitere Fortbildungsangebote für aktive SfS möglich.

Im Polizeipräsidium Rheinpfalz sind die Ausbildungen in 2023 bereits erfolgt. Weitere Ausbildungen können auf Anforderung aus den Kommunen durchgeführt werden.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Trier sind für 2023 derzeit keine Ausbildungen geplant.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die nächste Neuausbildung für SfS bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen im November 2023 stattfinden. Vorab findet hierzu am



19. September 2023 eine bereits von der Kreisverwaltung beworbene Informationsveranstaltung für interessierte Seniorinnen und Senioren statt. Darüber hinaus ist für Oktober 2023 eine Fortbildungsveranstaltung für die Mainzer SfS geplant.

## Zu Frage 5:

Die Resonanz der rheinland-pfälzischen Seniorinnen und Senioren auf die Angebote zur "Seniorensicherheit" insbesondere in Bezug auf Betrug, Medienkompetenz, Diebstahl, Einbruchschutz und die Verkehrsprävention ist groß und durchweg positiv. Sie werden von den Seniorinnen und Senioren als wertvolle verhaltenspräventive Maßnahmen wahrgenommen. Dies gilt auch im Hinblick auf die von der Polizei ausgebildeten SfS.

## Zu Frage 6:

Wirksame polizeiliche Präventionsarbeit erfordert ein an der objektiven und subjektiven Sicherheitslage orientiertes, landesweit einheitliches Maßnahmenkonzept, in dem regionale Präventionsbedürfnisse angemessen Berücksichtigung finden. Polizeiliche Präventionsmaßnahmen basieren auf polizeilichen Erkenntnissen und hierauf aufbauenden Lagebewertungen. Nach derzeitiger Einschätzung wird das Thema "Seniorensicherheit" auch weiterhin im Fokus der Kriminalprävention stehen und sich analog zu neuen Erkenntnissen und neuen Phänomen weiterentwickeln, beispielsweise Aufklärung über Straftaten zum Nachteil von Seniorinnen und Senioren, die mit Hilfe des Internets begangen werden.

### Zu Frage 7:

Primäres Ziel der Präventionsarbeit ist es, durch Aufklärung über die Tatbegehungsweisen das Risiko für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren zu minimieren, Opfer einer Straftat zu werden. In diese Präventionsmaßnahmen wird ebenso das persönliche Umfeld – beispielsweise Kinder und Enkelkinder – einbezogen.



Im Ergebnis soll eine Steigerung der Resilienz und Handlungssicherheit der Seniorinnen und Senioren gegenüber trickreich vorgehenden Täterinnen und Tätern erreicht werden. Dazu soll mit gezielten Informationen das soziale Umfeld, neben der Familie auch Pflegedienste, Nachbarn, Banken und Servicedienstleister zu den gängigen Begehungsweisen von Straftaten zum Nachteil von Seniorinnen und Senioren sensibilisiert werden. Dabei sind zudem der Aufbau und die Erweiterung von Netzwerken essentiell.

Die anhaltend hohen Fallzahlen im Bereich des CCB führt die Polizei auch auf eine erhöhte Anzeigenbereitschaft der potenziellen Opfer zurück. Die Bereitschaft diese Straftaten zur Anzeige zu bringen, dürfte wiederum mit der zunehmenden medialen Berichterstattung sowie den Warnhinweisen und der zielgruppenorientierten Präventionsarbeit der Polizei einhergehen.

Eine statistische Erfassung zur Feststellung einer Korrelation zwischen der Präventionsarbeit und des Anzeigeverhaltens erfolgt nicht.

Michael Ebling